

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 20.01.2022	Beginn 18:00 Uhr	Ende 19:54 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Besa, Anna
Bosselmann, Ralf
Hexel, Klaus Uwe
Hortolani, Frauke, Dr.
Karsten, Udo
Kick, Hans-Werner
Kirschner, Thorsten
Meuser, Alina
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Belitz, Carl-Christian
Burbulla, Johanna
Flüshöh, Oliver
Kampschulte, Matthias
Müller, Michael
Sartor, Christiane
Schmidt, Regina
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Ziebs, Hartmut
Beckenhusen, Ursula
Beckmann, Philipp J.
Buck, David
Günther, Faten
Hugendick, Uwe
Meckel, Klaus
Pfeffer, Jörg
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Gregor-Rauschtenberger, Brigitte
Kummer-Dörner, Sabine, Dr.
Rindermann, Horst
Stark, Peter
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian, Dr.

Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Müller, Karsten
Erarslan, Mesut
Ergen, Ufuk

Vorsitzender

Langhard, Stephan

Sitzungsteilnehmer/innen der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Mollenkott, Marion
Pleines, Jil
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Wach, Nicole

Schriftführerin

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Lenz, Heinz-Jürgen
Nockemann, Frank
Speckenbach, Benjamin
Mentz, Sarah

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Anträge zur Tagesordnung
- 4 Niederschriften zu den Sitzungen vom 30.09./25.11.2021
- Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 7 Bahnhof entwickeln 271/2021/1
- 8 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" 266/2021
- 9 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Produkt 01.01.07.543170 – "Zentraler Service" 262/2021
- 10 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO Zur Ansiedlung von Einzelhandel im neuen Rathaus und Umbau des sog. Kesselhauses 265/2021
- 11 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Bürgermeister Stephan Langhard begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anschließend gratuliert er denjenigen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 25. November 2021 Geburtstag hatten.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sodann stellt Herr Langhard fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden ist und, dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

3 Anträge zur Tagesordnung

NEU

Die Vorlage 271/2021/1 ersetzt die Vorlage 271/2021. Zu dieser Vorlage ist der Anhang 4 hinzugekommen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, so dass Herr Langhard über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

4 Niederschriften zu den Sitzungen vom 30.09./25.11.2021 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -

Die Niederschriften vom 30.09.2021 wird zur Kenntnis genommen. Anträge zur Niederschrift liegen nicht vor. Die Kenntnisnahme der Niederschrift vom 25.11.2021 wird vertagt.

5 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Durch einen Bürger der Stadt Schwelm werden zum TOP Ö5 drei Fragen gestellt:

Sind in Zukunft auch private Zufahren gesichert?
Werden öffentliche Toilettenanlagen vorgehalten?
Wie stehe es um den Baumerhalt?

Herr Langhard antwortet, dass die Konzepte noch mit dem Investor erarbeitet werden müssen. Es seien beispielsweise Kiss- and – Ride Parkplätze vorgesehen. Man rede hier von einem modernen Mobilitätsknoten. Herr Langhard sei zuversichtlich, dass hierfür die wesentlichen Dinge berücksichtigt werden.

Ein weiterer Bürger der Stadt Schwelm fragt, wie die gedankliche Herangehensweise ausgehen habe, die dazu führte, dass jetzt im Rathausneubau die Rede von kleinteiligem Einzelhandel sei, wenn doch die Innenstadt von Leerstand gekennzeichnet sei. Weiter fragt er, warum sich eine Kommune wie Schwelm drei ehrenamtliche Bürgermeister*innen leiste.

Herr Langhard antwortet, dass man dabei sei, die Fläche zu überplanen. Wie groß die dann zur Verfügung sehende Fläche sei, werde sich zeigen. In keinem Fall gehe man in Konkurrenz zu der Leerstandssituation in der Innenstadt.

Die Frage der Anzahl der ehrenamtlichen Bürgermeister*innen sei zu Beginn der Legislaturperiode ausreichend politisch diskutiert worden.

Ein dritter Bürger führt aus, dass durch die Schaffung des Mobilitätsknotens eine zusätzliche Flächenversiegelung stattfinde.

Die Klimaschutzziele der Stadt Schwelm seien sehr ehrgeizig und der Rat der Stadt Schwelm habe sich einen Klimarahmenplan auferlegt. Im innerstädtischen Entwicklungskonzept stehe, dass Grünflächen nicht groß vorhanden seien. Die 6.000m² des Bahnhofsparks seien bereits durch den Biergarten und den Spielplatz versiegelt. Konkret fragt er, mit welcher Begründung die Fraktionen des Rates und die Verwaltung die Versiegelung der Flächen begrüßen und warum es keine Ersatzmaßnahmen gebe.

Herr Langhard antwortet, dass die Stadt Schwelm zu den Klimaschutzzielen beitragen wolle und es kein gedankenloses Versiegeln sei. Der Investor habe auch seine Vorstellungen und diese müssten mit einer konkreten Planung dann abgeglichen werden. Eine neue Nutzung heiße nicht zwangsläufig Versiegelung. Auch werde man keine Flächen en passant zuschütten.

Eine dritte Frage bezieht sich auf die geplante Jugendsporteinrichtung. Es bliebe hierfür nur noch 1/3 der Fläche übrig. Aus der Vorlage gehe das nicht deutlich hervor. Für den Bürger entstehe der Eindruck, dass erst Fakten mit dem Kauf geschaffen werden und danach erst geschaut werde.

Herr Langhard antwortet, dass es keine Blaupause gebe. Die Dinge müsse man erst entwickeln und im Detail ausarbeiten. Er appelliert an den Bürger, die Verwaltung erst entwickeln zu lassen und danach zu schauen.

Eine Bürgerin fragt nach, wann der im Klimarahmenplan beschlossene Klimabeirat ins Leben gerufen werde.

Herr Langhard führt aus, dass die neue Klimamanagerin der Stadt Schwelm hierzu eine Vorlage vorbereite. Dafür müssen Energie- und Verbrauchsbilanzen erstellt werden. Nach Vorlage dieser Daten rede man dann zusammen mit Politik über einen Klimabeirat. Das Thema sei aber, wie ausgeführt, auf dem Weg.

Wann es denn soweit sei, fragt die Bürgerin weiter.

In Anbetracht der noch zu erfolgenden Ausschreibungen rechnet Herr Langhard mit September 2022.

In Bezug auf den neuen Mobilitätsknoten fragt die Bürgerin, ob denn auch eine Bürger- und Jugendlichenbeteiligung vorgesehen sei. Dies solle nicht der Investor allein entscheiden.

Herr Langhard sagt, dass im Hinblick auf das Verfahren gelte, dass die Verwaltung sich mit dem Investor über die Verfahrensschritte unterhalte. Dabei wird die Bürgerbeteiligung ein Thema sein. Die Bürger*innenforen sollen ebenfalls fortgesetzt werden.

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Langhard führt zu dem Gedenken Schwelms an die Opfer des Holocaust aus.

Mit Bedauern teilt er mit, dass der Betrieb Tischcultura sein Geschäft aufgeben musste.

Auch vor diesem Hintergrund bemühe man sich seitens der Verwaltung die Corona-Schäden möglichst gering zu halten und verzichte auch in diesem Jahr erneut auf die Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie.

Es gebe jetzt auch ein privates Impfangebot in Schwelm. Herr Langhard wirbt dafür, sich impfen zu lassen.

7 Bahnhof entwickeln

271/2021/1

Herr Langhard erläutert die Vorlage 271/2021/1 und begrüßt Herrn Markus Lusebrink mit Begleitung. Er freue sich, dass die überwiegende Mehrheit dem Mobilitätsknoten positiv gegenüber stehe.

Herr Gießwein nimmt Bezug auf die Entgleisungen in den sozialen Medien. Man solle froh sein, dass man mit einem schwelmer Investor etwas auf den Weg bringen könne. Er freue sich, dass das Projekt eine deutliche Mehrheit gefunden habe und die sozialen Medien eine „pöbelnde“ Minderheit darstellten.

Er danke der Verwaltung für die erste Einschätzung. Es seien noch einzelne Fragen offen, die aber nicht zwingend zum jetzigen Zeitpunkt der Klärung bedürften. Neuen, alternativen Vorschlägen solle man offen gegenüberstehen und prüfen, ob sie machbar seien.

Er begrüße ausdrücklich den Verfahrensvorschlag, der deutlich darstelle, dass es sich hier um die Entwicklung des Bahnhofes und keiner anderen Nutzung handele.

Dies sei etwas innovatives, was Schwelm voranbringen werde. Weiter sei für alle eine Chance im Rahmen des Entwicklungskonzeptes gemeinsam den Mobilitätsknoten nach vorne zu treiben.

Für die Planungen des Jugendparkes werden auch die Jugendlichen mit eingebunden. Er sei gespannt, welche Ideen dann eingebracht werden.

Herr Gießwein dankt nochmals ausdrücklich dem Investor, dass er den Weg mitgehe. Er und seine Fraktion werden der Vorlage gerne zustimmen und sich damit auf einen gemeinsamen Weg machen, die Planungen weiter voran zu treiben.

Herr Kirschner unterstreicht für die SPD Fraktion, dass auch sie dem Projekt zustimmen werden. Er sei überzeugt, dass dies der richtige Weg für ein modernes Mobilitätskonzept sei.

Nach dem der Bahnhof zurecht als Schandfleck bezeichnet worden sei, weil er nicht entwickelt wurde, werde man mit dem Konzept einen Bahnhof in Schwelm gewinnen, der sich von der Größenordnung her mit Marburg oder Celle messen kann.

Er sei daher froh, dass ein schwelmer Investor gefunden worden sei, der mit seinen Ideen einen modernen Mobilitätsknoten entwickle. Auch sei er dem Investor darüber hinaus dankbar mit welcher Gelassenheit er mit Widerständen umgehe.

Der Bahnhof sei eine Schnittstelle zwischen Zug-, Individual- und Radverkehr. Man brauche einen „Strauß“ an moderner Mobilität. Dies bedinge, dass die Menschen ihr Fahrzeug auch am Bahnhof lassen können müssen. Da müsse man schauen, was realisierbar sei.

Man habe jetzt das Ziel klar vor Augen. Wenn man neben der guten Anbindung auch einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten wolle, müsse man das Projekt Bahnhof jetzt entwickeln.

Auch die FDP freue sich, so Herr Schwunk, dass der Bahnhof die Chance habe, sich zu entwickeln.

Sein Dank gelte auch Herrn Lusebrink. Man habe bereits vor zwei Jahren schon im Liegenschaftsausschuss über das Mobilitätskonzept gesprochen.

Die Rahmenbedingungen haben sich jedoch geändert. Aus seiner Sicht habe die Verwaltung das Verfahren völlig falsch angegangen. Wenn es so ein tolles Projekt sei, dann könne man nicht 2 Tage vor Weihnachten es der Politik vorstellen und die Fläche verkaufen. Eine politische Beratung sei zwingend notwendig. Die politische Beratung sei über den Landrat erzwungen worden. Auch hinsichtlich der Transparenz sei einiges schief gegangen.

Herr Schwunk stellt die Alternativplanung der FDP vor.

Hierbei bliebe:

- der Park unversiegelt
- es gebe mehr Parkplätze
- die Gegenverkehre würden entzerrt

Er dankt an der Stelle der Verwaltung, die in wenigen Tagen eine Einschätzung abgegeben habe.

Herr Schwunk stellt den vorgestellten Verfahrensvorschlag als Ergänzungsantrag zur Vorlage 271/2021/1.

Herr Langhard stellt richtig, dass es keines Einschreitens des Landrates bedurft habe. Weiter ergänzt er, dass der Verfahrensvorschlag die alternativen Planungen(en) berücksichtige und weiter auch Platz lasse für mögliche gute Alternativen des Investors.

Herr Ergen begrüßt ausdrücklich das Engagement des Schwelmer Investors. Zugleich richtet er an ihn die Bitte, so lange wie möglich das Angebot an öffentlichen Parkplätzen aufrechtzuerhalten. Er und seine Fraktion verstehen die Vorlage als eine Planungsgrundlage, die dem Investor Sicherheit gebe.

Gerade für die Dienstleistungen der letzten Meile gebe es gute Blockchain Technologien. Die Fraktion BIZ verfüge über sachkundige Bürger*innen, die sich sehr gut damit auskennen.

Herr Flühöh freue sich über die augenscheinliche Zustimmungen über alle Fraktionen hinweg.

Das Projekt Bahnhof komme jetzt endlich in eine Entwicklung. Dennoch müsse man sich die Frage stellen, inwieweit man in den Klimaschutz oder in die Mobilität eingreife.

Wenn man Veränderung in der Mobilität wolle, brauche man die Beteiligten (Bürger*innen) und jemand, der es finanziere.

Angesicht der derzeitigen Haushaltslage und anderer Rahmenbedingungen werde die öffentliche Hand es nicht in der Geschwindigkeit umsetzen können, wie es ein privater Investor könne. Damit trage aber auch der private Investor das Risiko und man solle froh sein, dass der Investor das Risiko angenommen habe. Dafür brauche er die Rahmenbedingungen.

Die Veränderung finde auch auf Kreisebene statt. Dafür brauche der Investor auch Freiheiten. Herr Flühöh und seine Fraktion halten die Vorlage für einen vertretbaren Rahmen.

Was die Flächen anginge, werde man immer eine Abwägung treffen müssen. Das beste Beispiel sei derzeit die A 45, wo verschiedene Interessen aufeinander prallen.

Derzeit fände die Konzeptionierung und nicht die sofortige Betonierung statt.

Wenn man dies alles im Fokus habe, sei die Entscheidung abgewogen und richtig.

Herr Kranz führt aus, dass man jahrelang nur von Zusagen gehört habe. Nun sei endlich „Licht am Ende des Tunnels“ und der Zeitpunkt, in Detailfragen einzusteigen.

Die SWG/ BfS sehe der Entwicklung hoffnungsvoll entgegen. Der Vorschlag der FDP müsse diskutiert werden.

Er und seine Fraktion werden zustimmen.

Herr Feldmann merkt an, dass die Verwaltung schreibe, dass ein gemeinsames Konzept entwickelt werden solle. Seinem Verständnis nach sollte zuerst ein Konzept entwickelt und dann erst der Verlauf beschlossen werden. Er sei sich nicht sicher, ob nicht einzelne Beschlüsse zurückgenommen werden müssten.

Wenn Parkplätze wegfallen, dann müsse n an anderer Stelle neue Parkplätze entstehen. Ein alter Parkplatz koste: xx €. Ein neue Parkplatz über 12.000 €.

Die Linken. seien nicht mehr bereit, öffentliche Grundstücke zu verkaufen. Es gebe auch die Möglichkeit der Erbpacht, um dauerhaft einen Zugriff auf die Flächen haben zu können.

Das Verfahren stelle für ihn eine Blaupause dar, da die Verwaltung wieder ohne politische Beratung verkauft habe. das Verfahren sei nur auf Nachfrage einzelner Fraktionen geändert worden.

An Herrn Flüshöh gerichtet führt er weiter aus, dass die Investoren Freiheiten haben sollen. Richtig. Allerdings habe die CDU die Freiheiten beim Brauereigelände nicht gesehen. Derzeit müsse man Windräder in Wälder bauen, da die Landesregierung Abstandsflächen einführe. Es sei derzeit einfacher ein Chemiewerk mit den geltenden Abständen zu errichten, als Windräder zu bauen.

Durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum („Volkseigentum“) sei die Problematik erst entstanden.

Er und seine Fraktion werden nicht zustimmen, da für sie die Eilbedürftigkeit nicht gegeben sei.

Herr Langhard lässt über den Ergänzungsantrag und den Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm begrüßt die Entwicklung des Bereichs um den Busbahnhof und den Bahnhof durch einen privaten Investor hin zu einem modernen und zukunftsweisenden Mobilitätsknoten ausdrücklich.
2. Die in der Anlage 1 dargestellten Flächen werden an die Eigentümerin des Bahnhofs-Empfangsgebäudes zur Umsetzung des Konzepts „Mobilitätsknoten Bahnhof Schwelm“ veräußert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen des Kaufvertrages sicherzustellen, dass die Flächen ausschließlich für die Entwicklung des Mobilitätsknotens „Bahnhof Schwelm“ nach Maßgabe der im Sachverhalt dargestellten Rahmenbedingungen genutzt werden dürfen.
4. Als weitere Geschäftsgrundlage streben beide Parteien eine zeitnahe Entwicklung und Umsetzung des unter Ziff. 2. genannten gemeinsamen Konzeptes an und treffen die hierfür erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen. Bis dahin soll insbesondere der „Park“ der Allgemeinheit zugänglich bleiben.
5. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Investor die Konzeption des Mobilitätsknotens im Hinblick auf alternative Planungen zu prüfen und dabei das mit dem Mobilitätskonzept beauftragte Büro BSV zu beteiligen. Dabei sind die auf der neu entstehenden Verkehrsfläche zu berücksichtigenden verschiedenen Verkehrsträger wie z. B. Individualverkehr, ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger in die Bewertung einzubeziehen.
6. Soweit auf Ebene der Verwaltung und des Investors ein grundsätzlicher Konsens über die erarbeiteten Szenarien und die Zeitschiene besteht, sollte die endgültige Verkehrsplanung in Auftrag gegeben und abschließend im Fachausschuss beraten werden

Punkt 1 - 5

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	6

Punkt 6

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	40
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

Herr Erarslan erklärt sich für befangen.

**8 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung 266/2021
gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO über die Bewilligung
von überplanmäßigen Aufwendungen /
Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im
Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement"**

Auf eine Nachfrage des Herrn Gießwein hin erläutert Herr Schweinsberg, dass im Zuge des Erhaltes der Spitzabrechnungen erkannt worden sei, dass die Planungsmittel nicht ausreichen..

Beschluss für den Bürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied:

Im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" werden für das Haushaltsjahr 2021 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von insgesamt 165.000,- EUR bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

Haushaltsstelle 01.01.13.	
...521505 - Bauunterhaltung	40.000,--
...521520 - Wartung technischer Anlagen	5.000,--
...524110 - Energie und Wasser	40.000,--
...524190 - Sonstige Bewirtschaftung	10.000,--
...524193 - Gebäudereinigung	60.000,--
...543160 - Sachverständigen-, Gerichts- u.ä. Kosten	10.000,--
Gesamt:	165.000,--

Die Deckung ist durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderauszahlungen bei folgenden Haushaltsstellen sichergestellt:

Haushaltsstelle	
01.01.13.441100 - Mieten und Pachten	28.000,--
13.01.04.459100 - sonstige ordentliche Erträge	21.700,--
12.01.05.414200 - VRR Umlage	91.900,--
16.01.02.551701 - Zinsaufwendungen Liquiditätskredite	23.400,--
Gesamt:	165.000,--

Datum: 20.12.2021

Stephan Langhard
Bürgermeister

Thorsten Kirschner
Ratsmitglied

Beschluss für den Rat:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem weiteren Ratsmitglied gemäß Vorlage 266/2021 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1, Satz 2 GO zur Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 165.000,00 EUR im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement".

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 9 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung 262/2021
gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO über die Bewilligung
von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
für das Haushaltsjahr 2021 im Produkt
01.01.07.543170 – "Zentraler Service"**

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2021 werden bei der Haushaltsstelle 01.01.07.543170 – „Rundfunk/Fernsehen/Telekommunikation“ weitere überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 22.000,-- EUR bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/Minderausgaben in Höhe von 22.000 € bei der Haushaltsstelle 01.01.01.542100 – „Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit“ sichergestellt. Aufgrund der Dringlichkeit muss die Mittelbereitstellung im Wege einer Entscheidung nach § 60 Abs. 1, Satz 2 GO herbeigeführt werden.

Datum: 21.12.2021

gez. _____
Stephan Langhard
Bürgermeister

gez. _____
Thorsten Kirschner
Ratsmitglied

Beschluss für den Rat:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem weiteren Ratsmitglied getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO zur Bewilligung von weiteren überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 22.000,-- EUR bei der Haushaltsstelle 01.01.07.543170 - „Rundfunk/Fernsehen/Telekommunikation“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 10 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung 265/2021
gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO Zur Ansiedlung von
Einzelhandel im neuen Rathaus und Umbau des sog.
Kesselhauses**

Herr Schwunk führt aus, dass die FDP der Genehmigung nicht zustimmen werde.

Die FDP habe mehrfach Vorschläge gemacht und darauf hingewiesen, dass die Planungen falsch seien.

Bisher habe man nicht umplanen können und jetzt gehe dies auf der teuersten Fläche der Stadt?

Aus seiner Sicht müsse man die Mietzahlungen rausrechnen. Und die Begründung, dass man an den Parkplätzen spare, passe auch nicht, da diese noch on Top kämen.

Herr Langhard stellt richtig, dass in der Kostenaufstellung die Parkplätze enthalten seien.

Herr Feldmann und seine Fraktion werde ebenfalls nicht zustimmen. Für ihn sei die Vorlage der Ausdruck schierer Verzweiflung. DIE LINKEN. hätten schon immer gesagt, dass die Planungen korrigiert werden müssten. Jetzt galoppierten die Kosten davon. Brauerei, Sudhaus und Kesselhaus seien noch nicht dabei. Man hole sich hier Probleme ins Haus, die sich in 1000 Jahren nicht amortisieren.

Herr Hugendick verliert Adressen von leerstehenden Gebäuden/ Flächen. Der einzige Grund warum das Archiv ins Erdgeschoss kommen solle sei für ihn, dass die Brauerei zum Verkauf leer bleiben solle.

Herr Kranz führt aus, dass die SWG/ BfS ähnliche Vorschläge gemacht habe, das Erdgeschoss mit Einzelhandelsflächen zu beplanen. Nunmehr sei es so, dass eine Lösung gefunden werden müsse.

Seine Fraktion sei auch nicht abgeneigt, dass Brauereigelände zu verkaufen.

Herr Feldmann weist hinsichtlich de Abrisses auf die Gestaltungssatzung hin und das dies ein schlechtes Beispiel für die Bürger*innen sei.

Herr Langhard äußert seine Bedenken, das mit dieser Diskussion das Instrument der Dringlichkeitsentscheidung untergraben werde..

Beschluss für den Bürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gem. des Antrages (Anlage 1) der Fraktionen SPD, CDU, B90/Die Grünen, BFS/SWG und BIZ Punkte 1-3 die weiteren erforderlichen Schritte zu unternehmen.
Hierzu zählt insbesondere die Vergabe eines Projektänderungsantrags zur Gestaltung der geänderten Erdgeschossnutzung.
2. Die bis dato im Zusammenhang mit den o. g. Objekten gefassten Ratsbeschlüsse sind entsprechend fortzuschreiben.

Datum: 21.12.2021

Langhard
Bürgermeister

Kirschner
Ratsmitglied

Flüshöh
Ratsmitglied

Beschluss für den Rat:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und zwei weiteren Ratsmitgliedern am 21.12.2021 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1, Satz 2 GO zur Umsetzung des o. g. Antrages

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

11 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Frau Günther fragt, ob der gesetzliche vorgeschriebene Whistle Blower Richtlinie schon installiert sei.

Herr Langhard antwortet, dass ihm eine Rechtsgrundlage noch nicht bekannt sei. Selbstverständliche werde die Verwaltung rechtskonform umsetzen, sobald es eine Grundlage gebe..

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 13 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 25.03.2022	Schriftführung gez. Liebscher	Der Bürgermeister gez. Stephan Langhard
-------------------------	----------------------------------	--